

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 53-2 vom 23. Mai 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) Summit 2026
am 20. Mai 2026 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Daniel Hager,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Einladung, heute auf diesem Gipfel, auf Ihrer Verbandstagung, zu sprechen. Ich nehme zunächst einmal diesen Anlass gern wahr, um nicht nur Ihnen, Herr Hager, zu Ihrer Wahl zu gratulieren, sondern auch um Ihnen, Herr Kegel, herzlichen Dank für Ihre Arbeit zu sagen, die Sie in den letzten Jahren geleistet haben, für das gute Miteinander, auch aus Ihrem Verband heraus. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Alles Gute für Sie! Und noch einmal: Danke, dass Sie so lange und so erfolgreich an der Spitze dieses Verbandes gestanden haben! Lieber Herr Hager, herzlichen Glückwunsch auch namens der Bundesregierung.

Sie übernehmen als Unternehmer Verantwortung für diese Branche, für einen Verband, den wir in Deutschland kennen, schätzen, von dem wir wissen, wie stark er ist. Sie haben die Zahl gerade selber noch einmal genannt: über 200 Milliarden Euro Umsatz allein in der Elektro- und Digitalindustrie der Bundesrepublik Deutschland. Das sind mehr als fünf Prozent der wirtschaftlichen Leistung unseres Landes. Gegen den allgemeinen Trend haben Sie es geschafft, im letzten Jahr ein Produktionswachstum von zwei Prozent zu erreichen.

Ich will das mit einem Wort des Dankes an Sie alle verbinden. Sie arbeiten in Ihren Unternehmen jeden Tag in der Elektro- und Digitalindustrie. Sie tun das in einem

schwieriger gewordenen nationalen, in einem schwieriger gewordenen europäischen und vor allem in einem sehr viel schwieriger gewordenen internationalen Umfeld.

Aber Sie zeigen, was Deutschland immer noch kann, und Sie können immer noch mit dem überzeugen, was Sie in Ihren Unternehmen tun. Ich will es einfach so sagen: Sie sind ein Aushängeschild der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Herzlichen Dank für das, was Sie leisten!

Sie beweisen diese internationale Wettbewerbsfähigkeit Ihrer Industrie trotz geopolitischer Spannungen und Konflikte, die zu erheblichen Unsicherheiten und auch zur Unterbrechung von Lieferketten geführt haben. Sie beweisen das trotz eines verschärften globalen Systemwettbewerbs, der die Weltwirtschaft gerade fundamental verändert und auch wieder Protektionismus befördert.

Lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen: Wir werden wahrscheinlich die Dimension der Veränderung, die wir im Augenblick durch neue Machtpolitik, durch neue Geostrategien sehen, erst in einigen Jahren richtig einordnen können. Die ganze Dimension dessen, was zurzeit auf der Welt geschieht, ist nicht im üblichen Auf und Ab einer konjunkturellen Entwicklung – heute der Ab- und morgen wieder der Aufschwung –, sondern es ist auch eine ganz grundlegende Veränderung geostrategischer Machtpolitik. Wie sie aussieht, das sehen wir in den USA, das sehen wir in China, das sehen wir in Russland, und das sehen wir gerade in diesen Stunden beim Besuch des russischen Staatspräsidenten in China.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns als Europäer bewähren. Wir müssen mit diesen schwierigen Rahmenbedingungen umgehen, und wir müssen sie systematisch angehen.

Deswegen wollen wir Innovation und Investitionen ermöglichen, vor allem in unsere Infrastruktur. Deswegen sind wir mitten dabei, die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes zu reformieren, wissend, dass das eine schwierige Aufgabe ist. Aber die ersten Gesetzgebungsvorschläge sind gemacht. Ein großer weiterer wird im Laufe des Jahres folgen. Wir wollen die Lohnzusatzkosten begrenzen, sie nicht weiter steigen

lassen, und wir wollen gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme in einer älter werdenden Gesellschaft zukunftsfest machen.

Ich sage das ohne jede Wehleidigkeit, ohne jede Larmoyanz – das ist ziemlich viel auf einmal. Ich habe es beim DGB-Bundeskongress gesagt und wiederhole es hier: Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist kein böser Wille, ist nicht Bösartigkeit, sondern ist ganz einfach die Summe aus Demografie und Mathematik, und dem kann sich niemand entziehen.

Wir haben einiges für niedrigere Energiekosten getan, wissend, dass wir noch mehr tun müssen. Wir haben die Kraftwerkstrategie im Kabinett bereits verabschiedet, nachdem sie in Brüssel genehmigt worden ist. Wir werden in Deutschland neue Gaskraftwerke bauen, damit wir grundlastfähige Stromerzeugung auch zu den Zeiten haben, in denen wir keinen Sonnenschein, keinen Wind haben und noch nicht ausreichend speichern können.

Wir sind den Weg zu niedrigen Unternehmenssteuern gegangen; das wurde schon im letzten Jahr vor der parlamentarischen Sommerpause im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Dadurch entstehen große Abschreibungsmöglichkeiten, so groß wie in den letzten Jahrzehnten nicht, mit praktisch dreimal 30 Prozent Abschreibung in drei Jahren, für zwei Drittel der Investitionen.

Wir wissen aber auch: Diese Investitionen muss man verdienen. Das wissen nicht alle in Berlin, aber viele. Abschreibungen muss man verdienen, sonst sind sie nichts wert. Deswegen werden wir auf diesem Weg auch weitergehen. Wir haben die Unternehmenssteuern bereits perspektivisch gesenkt.

Wir stehen vor einer intensiven Diskussion über die Reform der Einkommensteuer. Lassen Sie mich auch dies hier sehr klar und deutlich sagen: Wir müssen gerade auch die Personengesellschaften in Deutschland in den Blick nehmen und dürfen sie mit Einkommensteuer nicht höher belasten. Die durchschnittliche Steuerlast in Deutsch-

land muss sinken und nicht weiter steigen. Das gilt auch und vor allem für die Ertragssteuern – und das ist nicht nur die Körperschaftssteuer, das sind auch die Einkommensteuern.

Wir bauen Bürokratie ehrgeizig zurück, wir modernisieren Staat und Verwaltung. Wir haben hier übrigens, genau an dieser Stelle vor gut einem Jahr, den Koalitionsvertrag unterzeichnet. Wir haben in diesem Koalitionsvertrag sehr weitgehend die Vorschläge aufgenommen, die zuvor die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ vorgelegt hatte – eine überparteiliche Initiative vom früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, vom früheren Innenminister Thomas de Maizière, von Peer Steinbrück und Julia Jäkel.

Ich will ein herzliches Wort des Dankes an Julia Jäkel sagen, die gerade heute im „Handelsblatt“ einen zweiseitigen Meinungsbeitrag veröffentlicht hat, in dem sie auf die Fortschritte hinweist, die wir bereits in der Modernisierung und Digitalisierung unseres Landes erreicht haben. Manches davon ist noch nicht sichtbar, vieles davon müsste besser kommuniziert werden.

Aber allein die Tatsache, dass wir in Deutschland erstmalig in unserer Geschichte ein eigenständiges Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung haben, und allein die Tatsache, dass wir einen erfahrenen Manager aus Ihrer Industrie berufen haben, der sich dieser Aufgabe mit großer Leidenschaft zuwendet, ist ein ermutigendes Zeichen. Wir sind auf dem richtigen Weg, was Digitalisierung und Modernisierung unseres Staates betrifft.

Nun hat Carl Friedrich Gauß, den Sie vermutlich kennen, der die Grundlagen der modernen Elektrotechnik mitgelegt hat, einmal gesagt:

„Nichts ist getan, wenn noch etwas zu tun übrig ist.“

Ja, es ist noch sehr viel zu tun übrig, und wir werden das gemeinsam anpacken müssen. Wir haben in den vergangenen zwölf Monaten viele Entscheidungen getroffen, die auf ein Ziel ausgerichtet sind, nämlich wettbewerbsfähiger zu werden und wieder

Wachstum zu bekommen. All diese Entscheidungen, vom Bau neuer Gaskraftwerke bis zur Stärkung der steuerlichen Anreize, im Alter länger zu arbeiten – das ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten –, sind keine Kleinigkeiten. Wir müssen auch einmal umschalten und bereit sein, dass nicht alles schlecht ist, dass wir vorangehen, dass wir gemeinsam, Sie in der Industrie und wir in der Politik, auch liefern.

Ich verstehe zugleich die Kritiker, denen es nicht schnell genug geht. Aber es geht auch an der Wirklichkeit vorbei, immer nur einen Niedergang zu beklagen, Trübsal zu blasen und auf einen großen Big Bang zu warten. Den wird es nicht geben. Wir sind in einem Reformprozess. Dieses Wort besteht aus zwei Teilen, Reform und Prozess, und in diesem Prozess kommen wir voran. Ich habe die Absicht, in den kommenden Monaten mit der Bundesregierung weiter entscheidend voranzukommen. Denn diese Bundesregierung, wir, wir wollen und wir müssen Erfolg haben. Wir wollen zeigen, dass aus der politischen Mitte unseres Landes heraus Lösungen möglich sind, dass wir auch die Probleme richtig erkennen.

Ja, Herr Präsident, wir haben nicht nur ein Umsetzungsproblem, wir haben in beachtlichen Teilen unserer Gesellschaft immer noch ein Erkenntnisproblem. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, die wir leisten müssen. Wir müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir müssen die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, besonders die, davon überzeugen, dass jetzt ein Aufbruch nötig ist und nicht ein Verharren, ein Stillstand und nur Verteilung dessen, was wir haben. Wir müssen mehr erwirtschaften, damit wir unseren Staat, unsere Wirtschaft, auch unseren Sozialstaat zukunftsfähig machen.

All das ist Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft. Nur eine wachsende Wirtschaft kann Fundament für Wohlstand, Sicherheit und Freiheit in Deutschland sein. Deshalb ist es die Priorität der von mir geführten Bundesregierung, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt und ein Innovationsstandort an der Spitze wird. Es ist gerade Ihre Industrie, die für die technologische und damit für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes entscheidend ist.

Ich war wie viele von Ihnen vor wenigen Wochen auf der Hannover Messe. Ich habe auf meinem Rundgang dort gleich mehrere Stände von Mitgliedsunternehmen Ihres Verbandes besucht. Was dort an bahnbrechenden Ideen zu sehen war, an Ambition, an Begeisterung, an Ehrgeiz, an Können, von Robotik über künstliche Intelligenz (KI) bis hin zur E-Mobilität, das war beeindruckend, das war ermutigend. Ich habe von dieser Messe viel Ermutigung auch für unsere Arbeit hier in Berlin mitgenommen. Es hat deutlich gemacht, zu was wir volkswirtschaftlich nach wie vor in der Lage sind. Wirklich, es ist eine Quelle für Zuversicht in unserem Land. Ich danke Ihnen allen, die daran beteiligt waren und die in unserem Land diese mutmachenden Erfahrungen auch ermöglichen.

Dasselbe habe ich im Übrigen in Hannover aus meinem Treffen mit den Unternehmerinnen und Unternehmern der Initiative „Made for Germany“ mitgenommen. Es ist ein großes Potenzial und eine große Dynamik, ein großer Wille zur Investition, zur Innovation in unserem Land vorhanden.

Lassen Sie mich nur die Zahlen sagen: Mehr als 100 Unternehmen haben sich dieser Initiative angeschlossen. Sie haben für die nächsten fünf Jahre über 800 Milliarden Euro an Investitionen in den deutschen Standort zugesagt, gerade in Zukunftstechnologien unseres Landes. Dabei wird es nicht nur darum gehen, neue Zukunftstechnologien zu entwickeln; darin sind wir in Deutschland schon ziemlich gut. Es geht auch darum, diese neuen Technologien jetzt schnell und effizient in die Praxis zu übersetzen und international zu skalieren. Hier haben wir noch Aufholbedarf, und das ist Ihre und unsere Aufgabe gemeinsam.

Wir leisten in der Bundesregierung einen Beitrag für die schnelle Umsetzung von Forschung in Wertschöpfung – durch gezielte Investitionen, durch Fördermittel und durch die Stärkung digitaler Infrastruktur. Sie haben es genannt, Herr Präsident: Die Hightech Agenda Deutschland gibt hier Schub, unter dem Motto „From Lab to Fab“, vom Laboratorium in die Fabrik.

Gerade heute vor wenigen Stunden haben wir im Bundeskabinett mit der Bundesministerin Dorothee Bär die Technologie-Roadmaps zu den einzelnen Schlüsseltechnologien der Agenda vorgestellt. Zwei dieser Schlüsseltechnologien sind besonders wichtig für Sie, für die Elektro- und für die Digitalindustrie – Sie haben es genannt –, die künstliche Intelligenz und die Mikroelektronik. In beiden Technologien verfügt Deutschland über gute, ja allerbeste Voraussetzungen, nämlich über eine starke industrielle Basis, exzellente Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler und, was für künstliche Intelligenz besonders wichtig ist, hervorragende Datenressourcen.

Aber lassen Sie mich auch da ein offenes Wort sagen: Ich habe am Rande des vorletzten Weltwirtschaftsforums in Davos mit dem Chef von Microsoft, mit Satya Nadella gesprochen. Er hat mir gesagt: Ihr Deutschen, Ihr wisst gar nicht, welches Potenzial Ihr habt, gerade in den Daten Eurer mittelständischen Unternehmen. Ihr müsst sie nur gemeinsam besser nutzen.

Ja, wir wollen diese Daten zusammen mit Ihnen besser nutzbar machen. Dafür müssen wir in Deutschland mehr über Datensicherheit und weniger über Datenschutz sprechen. Auch das ist eine gemeinsame politische Aufgabe, die wir haben.

Genau daran arbeiten wir. Wir fördern industrielle KI, national und europäisch. Wir schaffen ein leistungsfähiges KI-Ökosystem in ganz Europa. Deutschland und Frankreich zusammen hatten übrigens hier an dieser Stelle im November des letzten Jahres einen Digitalgipfel veranstaltet – einige von Ihnen werden daran teilgenommen haben –, auf dem wir mit unseren französischen Nachbarn gezeigt haben, was wir gemeinsam schaffen wollen, wenn es darum geht, Europa weiter zu digitalisieren.

Mir war in diesem Zusammenhang wichtig – danke, dass Sie das angesprochen haben –, dass wir uns im Rahmen des sogenannten KI-Omnibus dafür eingesetzt haben, Maschinen vom AI Act weitgehend auszunehmen. So können wir jetzt am Standort Deutschland die Chancen künstlicher Intelligenz gerade in dieser Branche voll ausschöpfen. Regulierung – das habe ich auch schon an anderer Stelle gesagt – muss Innovationen ermöglichen und darf Potenziale nicht begrenzen.

KI wird in diesem Sinne in den nächsten Jahren vieles verändern – Sie haben darüber gesprochen und werden hier heute und morgen auch weiter darüber sprechen. Ich möchte, dass wir in Deutschland ein zentraler Spieler für die nächste KI-Generation werden. Und ähnlich hohe Ambitionen haben wir in der Mikroelektronik.

Die Herausforderungen in diesem Bereich, gerade bei den Halbleitern, kennen Sie alle. Wir sind der größte Mikroelektronikstandort der Europäischen Union. Und die Bundesregierung fördert das durch gezielte Initiativen und Investitionen über die High-tech Agenda. Mit unserer Mikroelektronik-Strategie stärken wir vorhandene technologische Kapazitäten in Europa. Wir sichern die Mindestkapazitäten in kritischen Bereichen. Und wir entwickeln verlässliche Partnerschaften, um Abhängigkeiten zu reduzieren.

Auch das gehört zum ganzen Bild dazu: Wir suchen und finden als Europäer neue Partnerschaften auf der Welt, etwa mit dem Mercosur-Abkommen – Brasilien war Partnerland auf der Hannover Messe – oder mit dem bevorstehenden Abschluss eines Abkommens mit Indien über die Zusammenarbeit mit der größten Volkswirtschaft der Welt. Diese Länder sind daran interessiert, mit uns, mit den Europäern zusammen, gerade in diesen Bereichen der modernsten Technologien eng zusammenzuarbeiten. Denn Mikroelektronik ist Grundlage unserer technologischen Souveränität. Chips, Sensoren, Halbleiter: All diese Dinge sind für uns von existenzieller Bedeutung. Und wenn ich sage, dass wir das wollen, dann will ich auch sagen: Sie in der Elektro- und Digitalindustrie sollten auch die entsprechenden Möglichkeiten haben, und die Politik soll dafür die Bedingungen schaffen, damit uns dies alles gelingen kann.

Diese Bedingungen sind heute nicht nur national, sie sind auch und vor allem europäische Bedingungen. Gerade für Ihre Branche gibt es einen großen Hebel für Wachstum, nämlich eine weitere Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Ja, wir haben auf dem Papier einen der größten Märkte der Welt. In der Praxis sieht es leider immer noch anders aus. Aber auch hier ist seit dem letzten Jahr ein neuer Weg eingeschlagen. Europa konzentriert sich wieder auf die Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Stärke, mit weniger Bürokratie, schnelleren Verfahren und einem echten gemeinsamen Markt für Investitionen, Daten, Kapital und Technologien.

Wir haben auf der Grundlage der hervorragenden Berichte der beiden früheren italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und Enrico Letta unter den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Februar einen Maßnahmenkatalog beschlossen, den wir jetzt ganz systematisch abarbeiten.

An die jüngeren Unternehmensgründer gerichtet will ich sagen: Das sogenannte 28. Regime, das wir „EU Inc.“ nennen, also „Incorporated“, ist eine neue Gesellschaftsrechtsform mit einem einheitlichen Rechtsrahmen für alle europäischen Staaten. Das soll ab dem 1. Januar 2027 möglich sein, insbesondere für Start-ups und innovative Unternehmen. Wir wollen sie in die Lage versetzen, einfacher in allen Mitgliedstaaten zugleich zu gründen, zu arbeiten und zu wachsen.

Wir treiben in diesem Zusammenhang auch die Kapitalmarktunion voran, um private Investitionen in Europa zu fördern. Zu viele Start-ups verlassen unseren Kontinent in der Wachstumsphase, weil sie anderswo schneller Kapital finden und einfacher skalieren können. Das wollen wir ändern, damit mehr Kapital dort ankommt, wo neue Technologien entstehen, wo industrielle Wertschöpfung wächst und wo gute Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, dass dies nicht alles nur eine Beschreibung von mir ist, sondern dass es Realität in der Europäischen Union ist, zeigen die Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rates im März in Brüssel. Sie weisen genau in diese Richtung: Es muss jetzt um ein wirtschaftlich wettbewerbsfähiges und souveränes Europa gehen.

So stehen wir gemeinsam vor großen Herausforderungen. Sie in der Elektro- und Digitalindustrie treiben diese Schlüsseltechnologien von morgen mit an. Herr Präsident, Sie haben Ihr Motto genannt: Die Zukunft ist elektrisch. Ich möchte aus meiner Sicht gerne hinzufügen: Die Zukunft ist elektrisch, digital – so wie Sie es gesagt haben – und europäisch. Die Zukunft entsteht auch nicht irgendwann und irgendwo. Sie entsteht jetzt durch die Leistung der Beschäftigten in Ihren Betrieben, durch Sie, durch Ihre Leistung als Unternehmerinnen und Unternehmer in den Büros, in den Laboren, in den

Fertigungsstraßen. Es geht jetzt um unseren gemeinsamen Erfolg in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht um die Frage, ob Deutschland und Europa auch in den nächsten Jahren technologisch souverän, wirtschaftlich stark und international wettbewerbsfähig bleiben können.

Ich bin davon überzeugt – und ich stünde nicht hier, wenn ich es nicht wäre –: Wir haben dafür alle Voraussetzungen. Die Bundesregierung ist entschlossen, die Rahmenbedingungen Schritt für Schritt weiter zu verbessern. Deswegen bin und bleibe ich der Überzeugung: Es liegen nicht die besten Jahre hinter uns, sondern es liegen sehr gute Jahre vor uns – wenn wir es richtig machen, wenn wir gemeinsam anpacken, wenn wir zeigen, dass wir die Ärmel aufkrepeln können, dass wir arbeiten können, dass wir etwas schaffen können, dass wir frei sind und dass wir die Chancen und Gelegenheiten, die wir haben, gemeinsam nutzen.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam genau daran arbeiten, und zwar nicht nur, weil wir es für uns wollen; das wäre Motiv genug. Aber das Wichtige ist, dass wir verstehen, in welcher Zeit wir leben, und dass wir die Herausforderung, vor der wir stehen, richtig einordnen. Diese Herausforderung ist eigentlich ganz einfach, aber sie ist gleichzeitig schwer zu bestehen: Wir müssen gemeinsam das Ziel haben, auch unseren Kindern und unseren Enkelkindern die Chance zu geben, im Frieden, in Freiheit, in Wohlstand und in einem funktionierenden Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland zu leben. Das ist alles andere als selbstverständlich. Diese Herausforderung ist uns jetzt gestellt, unserer Generation, die wir das ungeheure Glück gehabt haben, über acht Jahrzehnte in Frieden, in Freiheit, in Wohlstand, in einem Sozialstaat und in einer Demokratie zu leben. Daran zu arbeiten, jenseits aller persönlichen Neigungen und Präferenzen und aller parteipolitischen Festlegungen, das ist Ihre Aufgabe, das ist unsere Aufgabe, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Alles Gute für Sie!

* * * * *